

# PLENUM 2024



## In dieser Ausgabe:

### THEMA DER WOCHE:

SPD und Union arbeiten an Verständigung

### JAN PLOBNER:

Das soll jetzt noch angepackt werden

### MARTINA STAMM-FIBICH:

Cannabis im Mittelpunkt

### GABRIELA HEINRICH:

Antisemitismus-Antrag: "Nie wieder ist jetzt!"

### CARSTEN TRÄGER:

COP 16: Zentrale Beschlüsse zum Schutz der Natur

## SPD und Union arbeiten an Verständigung

Nachdem die FDP nach Recherchen der ZEIT bewusst das Regierungs-Ausgeplant hat, arbeiten die verbliebenen demokratischen Kräfte an Lösungen.

**Turbulente Sitzungswochen: Zuerst gewinnt Donald Trump die US-Präsidentschaftswahlen, dann bricht die Ampel-Koalition auseinander. Bis zum Schluss hat unser Bundeskanzler Olaf Scholz versucht, einen Kompromiss für die notwendigen wirtschaftlichen Impulse zu finden.**

Mit Christian Lindner und der FDP war das nicht mehr möglich. Wie Recherchen der ZEIT belegen, plante die FDP den Koalitionsbruch minutiös. Die konstante Blockadehaltung und das öffentliche Hinterfragen von bereits gefassten Kompromissen waren Mittel zum Zweck, die Ampel platzen zu lassen. Die unabgestimmten wirtschaftspolitischen Vorschläge, die auch Renten- und Sozialkürzungen umfassen, bezeichneten sie intern als „Torpedo“, die die Ampel am „D-Day“ auseinanderbrechen lassen sollten. So ein Vorgehen steht beispielhaft für die Unzuverlässigkeit der FDP als Koalitionspartner. Mit der FDP ist ein Regieren unmöglich.

Trotzdem war es richtig, die Ampel-Koalition einzugehen. Wir haben trotz der FDP Vieles geschafft: einen höheren Mindestlohn, mehr Wohngeld, das Deutschlandticket, das Sondervermögen Bundeswehr, den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und die Reform des Staatsangehörigkeits-



Am 23. Februar 2025 wird der Bundestag neu gewählt. F: Tobias Koch/Deutscher Bundestag

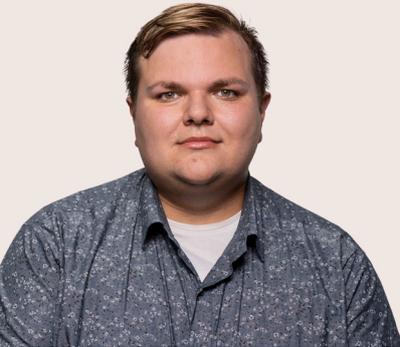
rechts – all diese Vorhaben haben unser Land gerechter und nachhaltiger gemacht.

Es ist gut, dass sich SPD und CDU/CSU als größte Fraktionen auf einen Zeitplan geeinigt haben. Die Neuwahlen sollen am 23.02.2025 stattfinden. Bis dahin wollen wir die Zeit nutzen, mit der demokratischen Opposition wichtige Vorhaben zu beschließen. Dazu gehören der Abbau der kalten Progression, die Erhöhung des Kindergeldes und die Verlängerung des Deutschlandtickets. Wir wollen den Wirtschaftsstandort stärken, Arbeitsplätze sichern und das Bundesverfassungsgericht stärken.

All das muss schnell passieren. Die globalen Herausforderungen sind

mehr geworden. Die Wahl von Donald Trump stellt die transatlantischen Beziehungen erneut auf den Prüfstand. Vor allem in der Sicherheits- und Handelspolitik kommt es nun darauf an, dass Deutschland und die EU mit einer Stimme sprechen. Wir müssen uns unabhängiger von den USA machen und zugleich versuchen, weiterhin gut mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Deutschland wird mehr Verantwortung übernehmen müssen, auch um die Ukraine weiterhin zu unterstützen. Wir haben in den drei Jahren viel Gutes erreicht. Wir sind zuversichtlich, dass die Wählerinnen und Wähler sich nicht für ein Zurück in die 1990er Jahre entscheiden, sondern unseren Kurs für soziale, innere und äußere Sicherheit weiter unterstützen.



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ [jan.plobner@bundestag.de](mailto:jan.plobner@bundestag.de)

☎ 030 - 227 71 577

🌐 [www.jan-plobner.de](http://www.jan-plobner.de)

📘 [facebook.com/janplobner.5](https://facebook.com/janplobner.5)



# Nach Ampel-Aus: Das soll jetzt noch angepackt werden

Die Zusammenarbeit der drei Koalitionsparteien hat mit dem Rauswurf von FDP-Chef Christian Lindner ein Ende gefunden. Doch das Ende der Koalition heißt nicht, dass sich die Abgeordneten der SPD bis zu den Neuwahlen nur noch mit der Wiederwahl beschäftigen würden – im Gegenteil: Durch die frühzeitigen Wahlen gibt es nur noch wenige Sitzungstage, in denen wichtige Gesetze beschlossen werden können. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, noch notwendige Verbesserungen für die Bürger:innen umzusetzen. Dafür nehmen wir explizit die Fraktionen der CDU/CSU in die Pflicht, sich ihrer staatspolitischen Verantwortung nicht zu entziehen.

## Weniger Lohnsteuern & mehr Kindergeld

Die Inflation hat das Leben der Menschen in diesem Land maßgeblich erschwert. Deswegen ist es unabdingbar, die Bürger:innen noch vor Jahresende zu entlasten – wie schon in den Jahren zuvor. Das Steuerfortentwicklungsgesetz soll die kalte Progression ausgleichen, sodass Arbeitnehmer:innen ab dem 1. Januar mehr Netto vom Brutto haben.

Durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags verringert sich die Lohnsteuer. Bereits 2023 und 2024 wurde der Grundfreibetrag zur Inflationsentlastung angehoben: 2023 auf 10.908 und 2024 auf 11.604 Euro. Für 2025 und 2026 sind weitere Anhebungen auf 12.084 bzw. 12.336 Euro geplant.

Zum Ausgleich der steigenden Probleme durch die Inflation gehört auch, Familien zu entlasten. Deswegen sollen auch die Kinderfreibeträge in den nächsten Jahren steigen. Zusätzlich wollen wir auch das Kindergeld leicht erhöhen.

## Stärkung der Rente

Eine gute und sichere Rente ist einer der Grundpfeiler unseres Sozialstaats. Mit ihr wird das Lebenswerk der Menschen gewürdigt. Eine angemessene Rente ist nicht weniger als der Respekt, der den Menschen gebührt, die über Jahrzehnte hinweg unseren Wohlstand erarbeitet haben.

Der SPD-Plan sieht vor, das Rentenniveau stabil zu halten und das Renteneintrittsalter nicht zu erhöhen. Arbeitsminister Hubertus Heil präsentierte bereits im März mit Christian Lindner den Entwurf des Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetzes, das ein Mindestrentenniveau von 48 Prozent bis 2039 sichern soll. Im Mai beschloss das Bundeskabinett den Entwurf, doch die FDP im Bundestag blockierte die weitere Umsetzung. Jetzt gilt es, gemeinsam mit der CDU/CSU daran zu arbeiten, das Rentenpaket noch umzusetzen.

## Bundesverfassungsgericht schützen

Überall auf der Welt merken wir gerade, dass populistische und demokratie-skeptische Parteien an Macht gewinnen – und häufig sogar in Re-

gierungsverantwortung kommen. Letzteres wird häufig begleitet von Einschnitten in die Rechtsstaatlichkeit und den Abbau demokratischer Kontrollmechanismen gegenüber der Exekutive.

Noch haben wir demokratische Mehrheiten, um die Grundpfeiler unserer Demokratie zu schützen. Diese Mehrheiten müssen wir jetzt nutzen, um unser Bundesverfassungsgericht besser vor antidemokratischen Kräften wie der AfD zu schützen.

## Deutschlandticket sichern

Das Deutschlandticket ist einer der größten verkehrspolitischen Erfolge seit Jahren. Gerade für Menschen mit wenig Geld und für Berufspendler bietet das Ticket eine ausgezeichnete Alternative, um vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen – und ist so ein Garant für günstige Mobilität und Klimaschutz. Entgegen der Widerstände der Union haben wir angekündigt, das Deutschlandticket für seine 13 Millionen Nutzer:innen noch über das Jahresende hinaus für 2025 sichern zu wollen. Schlussendlich musste sich die Union dem überwiegenden Druck der Öffentlichkeit beugen und will der Finanzierung nun doch zustimmen. Das zeigt, was eine starke SPD erreichen kann! Wir erwarten, dass sich die Fraktion der CDU/CSU nun auch an ihre Ankündigung halten werden, bei der Abstimmung über das Deutschlandticket im Bundestag für das Ticket zu stimmen.



# Cannabis im Mittelpunkt

## Hitzige Debatte über die Legalisierung im Plenum – Wahrheiten akzeptieren

**In einer hitzigen Parlamentsdebatte wurde über die Folgen der Cannabislegalisierung gestritten. Die Debatte strotzte dabei nur so vor Halbwahrheiten auf Seiten von CDU/CSU.**

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Der Konsum von Cannabis ist in den letzten Jahren stetig gestiegen, und zwar unabhängig von der bisherigen Verbotstrategie. Besonders alarmierend ist, dass in Bayern 27 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren bereits Cannabis konsumiert haben. Das zeigt, dass die Verbotspolitik nicht funktioniert hat. Statt den Konsum zu verhindern, hat sie Millionen Menschen kriminalisiert und die Gesundheit der Konsumenten gefährdet, indem sie sie einem Schwarzmarkt auslieferte, der häufig mit verunreinigten Substanzen handelt.

### **Gesundheitliche Sicherheit durch Regulierung**

Die Regulierung des Cannabismarkts schafft eine legale, kontrollierte Alternative. Legalisierung bedeutet nicht, den Konsum zu fördern, sondern ihn sicherer zu machen. Studien aus Ländern wie Kanada und US-Bundesstaaten, die Cannabis legalisiert haben, zeigen, dass die Legalisierung nicht zu einem signifikanten Anstieg des Konsums führt. Vielmehr ermöglicht sie eine strenge Kontrolle über die Qualität der Produkte und schützt Konsumenten vor gefährlichen Beimengungen und toxischen Konzen-

trationen. Die Einführung von Cannabisklubs und die Möglichkeit des Eigenanbaus schaffen weitere Optionen, die den Schwarzmarkt verdrängen können. Die ersten legalen Ernten sind ein Beweis dafür, dass diese Modelle funktionieren, wenn sie nicht regional mit allen möglichen Mitteln behindert werden.

### **Der Mythos der Kriminalitätssteigerung**

Ein häufig vorgebrachtes Argument gegen die Legalisierung ist die vermeintliche Zunahme der Kriminalität. Tatsächlich gibt es keine belastbaren Daten, die dies belegen. Die Aussage, dass niederländische Drogencans aufgrund der Legalisierung in Deutschland tätig seien, ist haltlos. Selbst das Bundeskriminalamt bestätigt, dass der Schwarzmarkt durch die Legalisierung geschwächt wird.

Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass die Entkriminalisierung den Strafverfolgungsbehörden ermöglicht, ihre Ressourcen effektiver einzusetzen. Sie können sich auf die Bekämpfung schwerer Straftaten konzentrieren, anstatt zehntausende Konsumenten zu verfolgen, die niemandem Schaden zufügen.

### **Gesellschaftliche Akzeptanz und Prävention**

Die Legalisierung ist auch eine Chance für die Gesellschaft, den Umgang mit Cannabis zu enttabuisieren und Präventionsarbeit wirksamer zu ge-

stalten. Aufklärungskampagnen und klare Regeln können den Konsum besonders bei Jugendlichen senken. Ein regulierter Markt ermöglicht strenge Alterskontrollen durchzusetzen, was auf dem Schwarzmarkt unmöglich ist.

### **Warum eine Rücknahme der Legalisierung kontraproduktiv wäre**

Eine Rücknahme der Legalisierung würde nicht zu einer Reduzierung des Konsums führen. Im Gegenteil, sie würde den Schwarzmarkt stärken und Konsumenten wieder gefährlichen Produkten aussetzen. Zudem wäre es ein Rückschritt in der gesellschaftlichen Akzeptanz eines faktenbasierten Umgangs mit Drogen. Es ist falsch, Konsumenten zu kriminalisieren, während alkoholbedingte Probleme als gesellschaftlich akzeptiert gelten. Die bisherige repressive Politik hat nicht nur den Cannabiskonsum nicht reduziert, sondern auch die organisierte Kriminalität gestärkt. Es wäre absurd, zu einer gescheiterten Strategie zurückzukehren.

### **Fazit**

Die Legalisierung von Cannabis ist ein Schritt in die richtige Richtung. Sie schützt die Gesundheit, schwächt den Schwarzmarkt und entlastet die Justiz. Eine Rücknahme der Reform würde alle Fortschritte zunichtemachen und alte Probleme verschärfen. Es ist an der Zeit, die Legalisierung nicht nur zu verteidigen, sondern auszubauen, um langfristig eine sichere und geregelte Cannabispolitik zu gewährleisten.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Antisemitismus-Antrag: „Nie wieder ist jetzt!“

**Seit dem Terror-Überfall der Hamas auf Israel überflutet eine Welle des Antisemitismus nicht nur Deutschland. Die Verhandlungen über den Text waren kompliziert, aber jetzt hat der Bundestag eine wegweisende, fraktionsübergreifende Resolution verabschiedet.**

Im Jahr 2023 gab es 5164 polizeilich erfasste antisemitische Delikte in Deutschland. Das sind doppelt so viele wie noch im Jahr zuvor. Tatsache ist, dass der Antisemitismus nach den Ereignissen des 7. Oktober 2023 (Hamas-Überfall) einen deutlichen Schub bekam. Gewalttätige Angriffe auf jüdische Menschen und Einrichtungen, Hörsaalbesetzungen, Hass im Netz: Jüdinnen und Juden leben wieder in Angst in Deutschland.

Damit können und dürfen wir uns nicht abfinden. Die Bekämpfung des Antisemitismus ist die Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten. Die Fraktionen der SPD, der Union, der Grünen und der FDP haben einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der – trotz Ende der Ampelkoalition – auch beschlossen wurde.

**Im Antrag geht es im Kern um Folgendes:**

Das Existenzrecht Israels ist und bleibt Staatsräson und zentrales Prinzip deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Anstrengungen für eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung sollen verstärkt werden. Die Erinnerung an

die Shoah muss wachgehalten und gefördert werden. Aber auch jüdisches Leben jenseits davon muss sicherer, sichtbarer und gefördert werden. Das gilt sowohl im öffentlichen Raum als auch in den sozialen Medien.

Umgekehrt dürfen Organisationen, die Antisemitismus verbreiten oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, keine Fördergelder erhalten. Meinungsfreiheit ist durch das Grundgesetz geschützt. Hass ist aber keine Meinung, wir dürfen also Menschenhass und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen Raum geben. Das gilt auch und insbesondere für Kunst, Kultur und die Hochschulen. Studierende und Lehrende mit jüdischen oder israelischen Wurzeln müssen an den Unis sicher sein.

Antisemitisches Verhalten muss Konsequenzen haben (Anwendung des Hausrechts, zeitweiser Ausschluss von Schule oder Studium bis hin zur Exmatrikulation).

Die Verhandlungen über den Antrags-text waren langwierig: Abgeordnete befürchteten, dass die im Antrag genannte Antisemitismus-Definition der „International Holocaust Remembrance Alliance“ Kritik an israelischem Regierungshandeln in ein antisemitisches Licht rücken könnte.

Es kommt hier immer auf die Auslegung an, diese Befürchtung teile ich. Dennoch bin ich froh, dass wir den Antrag gemeinsam verabschieden konnten. Wir sind es den Jüdinnen und Juden in Deutschland schuldig!



Foto: Lichtblick/Achim Melde



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://facebook.com/carstentraegermdb)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# COP 16: Zentrale Beschlüsse zum Schutz der Natur

Anfang des Monats ging die 16. Weltnaturkonferenz im kolumbischen Cali zu Ende. Sie war ein weiterer wichtiger Schritt für den Schutz, die nachhaltige Nutzung und die Wiederherstellung der Natur. Die historische Doppelkrise aus Klimaerwärmung und Artensterben, die wir erleben, kann nur international wirksam bekämpft werden.

## DER AUSGANGSPUNKT: DIE KONFERENZ IN MONTREAL

Auf der 15. Weltnaturkonferenz in Montreal beschlossen die Vertragsstaaten 2022 einen ehrgeizigen Globalen Biodiversitätsrahmen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unserer Welt.

Wir müssen dringend handeln: Von den insgesamt 147.500 erfassten Arten fanden sich 2022 laut WWF fast

Arten ist der Klimawandel – und ohne funktionierende Ökosysteme sind wir wiederum weitaus weniger resilient gegen die Folgen des Temperaturanstiegs und beschleunigen ihn sogar.

Ein wesentliches Ziel der Konferenz war, bis 2030 mindestens 30 Prozent der weltweiten Land- und Meeresfläche unter effektiven Schutz zu stellen, den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen und den Trend umzukehren.

alle Fragen zur Finanzierung und zur Verwaltung der Gelder geklärt werden konnten, sind wichtige Beschlüsse – immerhin 18 von 20 – gelungen. So wurde die Grundstruktur für einen Fonds geschaffen, über den die Profite aus der Nutzung genetischer Daten von Pflanzen und Tieren gerecht verteilt werden sollen, und ein permanenter Ausschuss für indigene Völker und Gemeinschaften ins Leben gerufen. Sie stellen etwa 50 Prozent der Bevölkerung in Gebieten mit der höchsten biologischen Vielfalt – und in Gebieten, die durch indigene Völker und lokale Gemeinschaften gemanagt werden, ist die Artenvielfalt nachweislich in einem besseren Zustand als die in anderen Gebieten, inklusive Schutzgebieten.



Die Teilnahme an der Weltnaturkonferenz in Cali war spannend. Auch wenn es keine Abschlusserklärung gab, war die Konferenz ein Erfolg.

41.500 in Bedrohungskategorien, mehr als jemals zuvor. Ein Viertel der Säugerarten, jede achte Vogelart, mehr als 30 Prozent der Haie und Rochen sowie 40 Prozent der Amphibienarten sind bedroht.

Klimaerwärmung und globales Artensterben bilden eine dramatische Doppelkrise: Die größte Bedrohung für die

## DIE KONFERENZ IN CALI

Auf der Folgekonferenz in Cali ging es nun in intensiven Verhandlungen darum, wie diese Ziele umgesetzt werden können. Dabei ist noch einmal klar geworden, wie groß die Herausforderungen sind. Die Konferenz ging ohne Abschlusserklärung zu Ende, aber sie war dennoch ein Erfolg. Obwohl nicht

## UNSER BEITRAG

Deutschland unterstützt den globalen Fonds zur Umsetzung des Globalen Biodiversitätsrahmens mit 90 Millionen Euro aus dem Bundesumweltministerium und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Und mit der Fortschreibung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt packen wir die Umsetzung der Ziele hier vor Ort an. Das ist richtig und wichtig: Denn beim Schutz der Natur und ihrer gesamten Vielfalt geht es um den Erhalt unserer eigenen Lebensgrundlagen.